

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abozessensatz mit der idgl. Unterhaltungsbedarf: Leben, Willen, Kunst
aus der Brauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 10 Pf.
Zur die Volkszeitung vierjährig 10 Pf. 2.75. unter Kreisband für Deutschland und
Österreich-Ungarn 10 Pf. — Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: St. Zwingerstraße 14, II. Tel. 2465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: St. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Postkosten werden die geprägten Postzettel mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Überholzung wird Rabatt gewährt. Verbindungszeiten 25 Pf. Untere Zeiten müssen
bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 85.

Dresden, Sonnabend den 13. April 1912.

23. Jahrg.

Ein militärischer Körner.

Gl. Den Interessen des Militarismus liegt natürlich viel daran, die Arbeiter für die geplante Vermehrung vom Heer und Marine günstig zu stimmen, oder doch wenigstens ihren Widerstand gegen die ungewöhnliche Wehrbelastung des Volkes abzuschwachen. Deshalb begegnet man in der kapitalistischen Presse immer wieder der Behauptung, daß die Arbeiter nicht minder ein Interesse an der Neubeschaffung von Kriegsmaterial, insbesondere von neuen kostspieligen Kriegsschiffen hätten wie die Unternehmer. Würden neue Dreadnoughts gebaut, so erhielten Tausende von Arbeitern lohnende Beschäftigung. Da die Arbeiterschaft Deutschlands insgesamt fast ständig unter Arbeitslosigkeit zu leiden habe, müßte sie den Neubau von Kriegsschiffen und die Wehrbeschaffung von sonstigem Kriegsmaterial freudig begrüßen. Solche Betrachtungen flingen aus dem Appell an die Arbeiter: Tretet ein für die Wehrvorlage; sie beschafft euch Arbeitsgelegenheit!

Auf diesen militärischen Körner haben die Arbeiter in anderen Ländern, wie in England, wo die sozialistische Auseinandersetzung nur schwach in die Massen gedrungen war, früher hin und wieder angeblieben. Sie wurden dann als Musterbilder des wahren Patriotismus dem deutschen Arbeiter angepriesen. Auch bei uns zu Lande gibt es noch genug Arbeiter, die am Ganghofer des Zentrums oder anderer kapitalistischer Parteien einherlaufen, und die deshalb unaufgelistet genug sind, um sich mit solchen Mitteln für die kapitalistischen Interessen einzutragen zu lassen. Wie verhält es sich nun aber in Wirklichkeit mit der Arbeitsbeschaffung durch Kanonenegiziere und Kriegsschiffbau?

Wird, um bei diesem Beispiel zu bleiben, ein Dreadnought auf Stapel gelegt, sei es in Privatwerken oder im Staatsbetrieb, so ist dazu zweifellos eine große Anzahl Arbeiter erforderlich. Vollert für sich betrachtet, wird also aus diesem bestimmten Anlaß, zum Zweck eines Kriegsschiffbaues, neue Arbeitsgelegenheit beschaffen. Die Mittel dazu jähren aber nicht wie ein bestechender Goldregen in den Schoß der Danne vom Himmel herunter, sie werden durch den Reichshaushalt bereit gestellt. Das Reich muß für den neuen Dreadnought rund 50 Millionen Mark beschaffen. Es hat diese Summe den Steuerzahler abzunehmen, sei es, daß dagegen direkte Abgaben oder, wie in der Hauptfache, indirekte Steuern und Zölle verändert werden. Diese Steuerzahlerung kommt darauf hinaus, daß der Reinertrag der Einnahmen aller Reichseinwohner insgesamt um 50 Millionen Mark geschmälert wird.

Wie wirkt nun die Einkommensschmälerung auf die Bevölkerung ein? Insosfern Kapitalisten und Unternehmer davon betroffen werden, kann sie direkt die Verringerung des alljährlich neu dem bestehenden Arbeitskapital zugeführten Kapitals bewirken und auf solche Weise die Beschaffung von neuer Arbeitsgelegenheit an anderen Stellen als gerade auf den Kriegsschiffwerken verhindern. Da die Hauptlast unserer Reichsabgaben aber auf den konsumierenden Massen liegt, vollzieht sich die Nachwirkung jener Verwendung von Reichsgeldern keineswegs auf andere Weise.

Zwielichtige Steuern und Zölle bewirken eine Versteuerung der Verbrauchsartikel, auf die jene Abgaben gelegt sind. Muß der Arbeiter mehr für die zur Fortführung seiner Lebenshaltung erforderlichen Verbrauchsartikel ausgeben, so wird sich, wenn er bisher jährlich einen Überschuss erzielt hat, dieser Überschuss und damit seine Sparumlage verringern. In diesen Fällen würde also der Besteuerungseffekt die nämliche Wirkung haben wie bei den Kapitalisten. Er würde die Verlangsamung der Kapitalbildung und somit die Schmälerung der Arbeitsgelegenheit herbeiführen. Die Anfangszeit von Sparpfennigen spielt aber im Arbeitshaus nicht eine seltene und sehr geringfügige Rolle. Sie mußte hier jedoch erwähnt werden, um nebenfachlichen Gegenargumenten von vornherein die Spize abzubrechen.

In der Hauptfache wirken alle Konsumabgaben durch Preiserhöhung auf die Verringerung des Warenaustausches oder auf die Abschaffung minderwertiger an Stelle besserer Waren hin. Mit anderen Worten: die steuerliche Belastung des Konsums führt zur Herabsetzung der Lebenshaltung der Konsumanten. Dabei kann sich natürlich diese Herabsetzung der Lebenshaltung auf recht mannigfaltige Weise durchsetzen. Sei es, daß der einzelne genötigt ist, eine minderwertige Wohnung zu mieten, oder sich dringender zu leiden, oder gar, was das nochteiligste ist, sich in der Nahrungsmittelbeschaffung einzuschränken. Die Herabsetzung der Lebenshaltung eines Volkes kommt aber im Augenblick auf dessen Verkümmern hinaus.

Aber mit der Herabsetzung der Lebenshaltung, mit der Verkümmung des Volkes endigt sich die Wirkung der Einkommensschmälerung durch Abgabenschmälerung nicht. Kann die Bevölkerung weniger für Wohnung, Kleidung oder Nahrung ausgeben, so wird dadurch auch entsprechend die zur Lebenshaltung notwendige Arbeit verringert. Auch auf diesem Umwege erhält also die Konsumbelastung die nämliche Wirkung wie durch direkte Einschränkung der Kapitalbildung. Die Arbeitsgelegenheit wird geschmälert.

Gehen wir also den Spuren einer Wehrbeschaffung von Kriegsmaterial sorgfältig nach, so kommen wir zu dem Ergebnis,

daß der geprägte Vorteil der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit an der einen Stelle, durch Bau eines Dreadnoughts zum Beispiel, weitgemacht wird durch Verringerung der Arbeitsgelegenheiten an anderen Stellen, die sich allerdings, im einzelnen schwer nachweisbar, über das gesamte Wirtschaftsgebiet des Reiches verteilen. Es handelt sich also bei Verringerung von Kriegsschiffsbauten nicht um eine Neubeschaffung, sondern um eine Verschiebung von Arbeitsgelegenheit. Der schwere Nachteil dieser Verschiebung der Arbeitsgelegenheit von unendlich vielen auf eine einzelne Stelle ist der, daß die produktive Arbeit durch unproduktive ersetzt wird, daß die erhöhte Fertigstellung von Kriegsmaterial erkauft wird mit einer weiteren Heraabsetzung der Lebenshaltung, mit der fortwährenden Verkümmung des Volkes.

Man kann uns auch nicht mit dem Einwand kommen, daß die erwähnte Verringerung der Arbeitsgelegenheit nicht merklich und wegen der geringfügigen Wirkung an den einzelnen Stellen auch nicht beachtlich sei, während die Aussiegung eines neuen Kriegsschiffes auf Stapel an einer Stelle eine sehr wahnehmbare und wirksame Vermehrung der Arbeitsgelegenheit bedeute. Die über weite Gebiete verteilte Einwirkung eines staatlichen Eingriffs in ökonomische Verhältnisse kommt dem einzelnen fast nie, oder doch nur höchst undeutlich zum Bewußtsein. Sie ist aber doch häufig erfahbar durch die Staatskasse, die z. B. Preisschwankungen der Verbrauchsartikel im Nachlassen und Ansteigen des Konsums fast丝毫不明地 angezeigt. Auf die Schwierigkeit, durch eingehende Deduktionen oder verdeckte Berechnungen die üblichen Wirkungen politischen Maßregeln nachzuweisen, verlassen sich gerade die Reaktionäre und Militaristen, um das Volk über den Köpfen zu verbücken. Sie haben damit bloß leider auch meist Erfolg gehabt. Um so notwendiger ist es, die eigenen Pläne der Reaktionäre stets dazu auszunutzen, um über ihr Leidens-Ausklärung zu verschaffen. So bietet gerade die Wehrvorlage manifastische Gelegenheit, eine Anzahl Einzelfragen des Militarismus aufzurollen und an ihnen seine Verderblichkeit zu entrollen.

Sozialdemokratische Arbeiter werden zwar keinesfalls mehr auf den satten Zauber hereinfallen, daß der Bau neuer Kriegsschiffe von den Arbeitern als vermehrte Arbeitsgelegenheit bewilligt werden müsse. Sie werden aber häufig genug Gelegenheit haben, ihren unaufgelisteten Arbeitskollegen eine solch falsche, ihnen von den Wortführern des Militarismus eingezeichnete Aussicht aufzutragen.

Ketzgerichte.

Der Spruch des Solinger Parteischiedsgerichts, der die von dem Schriftsteller Gerhard Hildebrand in seinem Buch "Die Erhöhung der Industrieherrschaft" ausgedachten Ansichten für unvereinbar mit den Grundsätzen der Partei erklärt und den über den Verfasser verbündeten Ausschluß aus der Partei bestätigt, gibt der liberalen Presse Anlaß, über die Unzulässigkeit der sozialdemokratischen Partei lebhaft Klage zu führen. Auf die von Hildebrand vertretenen Aussichten wird dabei mit keinem Worte eingegangen. Denn wenigstens ein Teil der liberalen Presse, zumal der fortschrittlichen, wird die von Hildebrand vertretenen Ansichten über Kolonialpolitik kaum ablehnen, und vor wenigen Jahren hätte Hildebrand mit diesen Ansichten in der freisinnigen Volkspartei kaum Aufnahme gefunden. Man gibt sich darum keine Rühe, zu untersuchen, ob ein Mann, der in wettpolitischen Fragen auf dem Standpunkt Hildebrands steht, noch als Sozialdemokrat bezeichnet werden kann. Die bloße Tatsache, daß eine Parteinstellung zwischen dem Politiker Hildebrand und der Partei einen Trennungsrückzug gezeigt hat, genügt der liberalen Presse. Über sozialdemokratische Ketzerei zu jammern, und über die Freiheit, wie sie die Sozialdemokratie meint, ihre mehr oder weniger geistreichen Betrachtungen anzustellen.

Auf den Fall Hildebrand soll darum und in diesem Zusammenhang gar nicht weiter eingegangen werden. Denn was hier bestritten wird, ist nicht das Recht der Sozialdemokratie, Hildebrand auszuschließen, sondern das Recht jeder Partei, sich von irgendeinem Mitglied zu trennen, das sich nach der Meinung der Organisation mit wichtigen Parteidoktrinen in Widerspruch gestellt hat. Nach dieser liberalen Aussicht der Freiheit liege sich der Anspruch begründen, innerhalb der konservativen Partei für Freibund und gleiches Preußenwahlrecht zu agitieren, sich als Zentrumsmann für das Gesittungswahlrecht und Ausländerrecht zu begeistern. Es bedarf kaum längeren Nachdenkens, um zu erkennen, daß diese "Freiheit", wenn irgendeine Möglichkeit bestünde, sie durchzuführen, einer vollständigen Auflösung unseres politischen Parteiwesens gleichkommen und den Parteien das wichtigste aller ihrer Freiheitsrechte nehmen würde, nämlich das Recht zu existieren.

In Wirklichkeit gibt es keine Partei, die willens und imstande wäre, die von der liberalen Presse proklamierten Grundätze der "Freiheit" in die Tat umzusetzen. Am toleranteren von allen ist vielleicht immerhin die fortschrittliche Volkspartei, die momentan zur Blockzeit eine Zusicherung für realistische Elemente aller Art geworden ist.

Aber auch sie würde in eine äußerst schwierige Lage kommen, wenn die Flugzeuge, Pachtmiete usw. die geheimsten Wünsche ihres Herzens auf offenem Markt ausplaudern würden. Mit Recht erinnert der Vorwärts daran, daß gerade das Berliner Tageblatt, das am lauesten über "sozialdemokratisches Sicherheitsrichterum" flagt, erst neulich einem äußerst fragwürdigen Reichsrittermann, Herrn Eichhoff, den Rat gegeben hat, die Partei zu verlassen, indem es ihm ein hämisches "Adieu, Herr Eichhoff!" griezt.

Wie ist es aber in der nationalliberalen Partei? Die hat den Herren v. Heyl, Graf Oriola und Lehmann, weil sie gegen die Erfüllung ihrer Ansprüche stimmt, die Ehre aufgemacht, sie hat Herrn Becker die Aufnahme in die Reichstagssktion verweigert, sie hat Herrn Wend, den früheren nationalliberalen Landtagsabgeordneten, der sich offen gegen das Reichsverfassungswahlrecht erklärte, genötigt, dort Ausschluß zu nehmen, wohin er gehört, nämlich bei den Freikonservativen. Natürlich wäre es bärer Unforn, den Linksliberalen wegen ihres Vorgehens gegen Eichhoff, den Nationalliberalen wegen ihres Auftritts gegen Heyl, Oriola, Lehmann, Becker, Wend und andere Vorwärts zu machen. Im Gegenteil! Wäre dieses Verhalten auf gründliche Überzeugungen zurückzuführen, woran man allerdings seine Zweifele haben kann, so würde es mir Anerkennung verdienen. Aber Anerkennung oder nicht: jedenfalls handelt es sich auch hier um die Durchführung des ganz selbstverständlichen Grundbages, daß eine Partei bestimmte Ansichten hat, bestimmte Aktionen unternimmt, daß ihr nur der angehören kann, der diese Ansichten teilt und ihre Aktionen mitmacht.

Der Staat muß seinen Bürgern volle Meinungsfreiheit gewähren, denn er ist eine Zwangorganisation, in die man nicht freiwillig eintritt und die man, von seitens Fällen abgesehen, auch nicht freiwillig verlassen kann. Der Zusammenschluß der Parteien beruht aber auf Freiwilligkeit und was sie ein ist, ist nicht der Zwang, sondern die Überzeugung.

Mit alledem ist natürlich nicht gelehnt, daß eine Partei durch Engherzigkeit und übertriebene Ausdehnungen sich selber verrückt, ihre eigenen Interessen auf schwere schädigen kann. Aber wie weit oder wie eng eine Partei ihr Haus baut, ist stets ihre eigene Sache. Einen Eingriff in die persönliche Freiheit bedeutet ein solcher Ausschluß auf keinen Fall, ihn mit den terroristischen Mitteln der staatlichen Staatsgewalt in Parallelen legen, heißt mit Begriffen Gangball spielen und die Latzjaken auf den Kopf stellen.

Gelbe Heldentaten.

In Paris stehen die Chauffeure seit Monaten in einem Streik, der an Gewalttaten des Streikbrechers so reich ist, wie bisher seit ein Ausland. Trotzdem der nun schon in den vierten Monat eingetretene Streik mit einer in Paris bisher ungelaufenen Disziplin geführt wird, deshalb man immerzu von "Bedrohungen" der breiten Arbeitsschichten zu lesen, und einmal wurde sogar von der Polizei ein ganzes Bombenkomplott aufgetischt, das man aber mit leichter Mühe wieder verhindern ließ. So lägenhaft alle diese Schlägereien waren, so gaben sie den Unternehmern doch den Vorwand, die Streikbrecher mit Schlagwaffen auszustatten und so die Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu verdoppeln. Seitdem die vom Streik betroffenen Gewerkschaften ein paar Tagen gewissenlose Verbündete aus der Schicht der Deklassierten gefunden haben, die nach einem beschleunigten "Unterricht" mit einer behördlichen Hochbeauftragung ausgestattet wurden, daß sich die Zahl der Automobilfahrer unverhältnismäßig vermehrt. Auch diese Bourgeoisie, die um ihre Wohlheit besorgt sind, liegen doch trügerisch in eine Automobilzofie erst, wenn ihnen der Lenker seine Gewerkschaftsarte gezeigt hat. Aber wie die Polizei über diese von den unfähigen Wagenfahrern drohende Gefährdung des Publikums milde hinwegsieht, so deutet sie auch die Augen zu, wenn Arbeitsschichten renommiert mit ihren Schlägern herumziehen, trotzdem angesichts der letzten Apachen-Zubereitungen der Ruf nach weiteren Einschrankungen des Waffentragens von den ganzen Ordnungspolizei aufgenommen worden ist. Das aber die Grenzlinie zwischen dem Apachen und der Welt, aus der das Unternehmertum seine Streikbrecher mit Vorliebe holt, nicht scharf gezogen ist, hat die Kette der Schiedsgerichte gezeigt, die für die Streikbrecher leisten: Vor Wochenstift wurde nachts ein Sekretär der Transportarbeiter-Gewerkschaft, Genosse Guinchard, auf dem Heimweg auf Montmartre angefallen. Der Überfall, der von mehreren Personen ausgeführt wurde, begann mit Revolverschlägen, von denen einer die Schläfe streifte, und wurde mit Faustritten, Knallschlägen und Messerstichen fortgesetzt. Guinchard wurde überwältigt und verlor die Gleichgewicht, einen der Angreifer festzuhalten, als Schlägente am und die anderen Streiche vor ihnen die Blüte ergriffen. Der Hergenommene entpuppte sich als Streikbrecher.

Einen weit schrecklicheren Ausgang hat ein großer Zug genommen, den die Streikbrecher in Belleville-Viertel, dem Hauptort der Automobilindustrie, angerichtet haben. Er begann damit, daß die Arbeiter plötzlich — anscheinend aus bloßer Wohlt — Revolverschläge auf ein Café abgaben, worin sich nur eine Kassiererin und drei Kinder befanden, während im Hinterzimmer die Versammlung eines harmlosen Sparvereins stattfand. Als die Teilnehmer dieser Versammlung auf die Straße eilten, um den fliehenden Arbeitsschichten nachzusehen, gesellten sich auch einige Streiche zu ihnen, die gerade aus ihrer Versammlung in der vom Chauffeurzubereitungen errichteten Maison Commune fanden. Die Revolverteilen wollten sich in die Garage der Bima, bei der sie arbeiteten, retten. Da kamen aber die